

ippnw 2010

jahresbericht 2010 der
internationalen ärzte
für die verhütung des
atomkrieges – ärzte in
sozialer verantwortung



Abrüsten für unsere Zukunft

Das war Motto des IPPNW-Weltkongresses in Basel. 800 Ärzte und Medizinstudierende aus 60 Ländern und fünf Kontinenten erklärten die Prävention eines Atomkrieges zu ihrer vorrangigsten Aufgabe. Neben der Klimaveränderung gehe von den Atomwaffen die drängendste Gefahr für Gesundheit und Sicherheit der Menschheit aus. Im Mai hatte eine Delegation von IPPNW-Ärzten und Medizinstudierenden die Ab-

rüstungskonferenz in New York begleitet, Gespräche mit PolitikerInnen geführt und an der Großdemonstration gegen Atomwaffen am 2. Mai mit Tausenden Menschen auf den Straßen von New York teilgenommen, um sich für eine globale Ächtung von Atomwaffen einzusetzen. Kaum aus New York zurückgekehrt, beschäftigte Vorstand und Geschäftsstelle der israelische Angriff auf die FreeGaza-Flottille. Matthias Jochheim war an Bord der „Mavi Marmara“ und stellte

sich geduldig dem riesigen Medieninteresse. Die Teilnahme der IPPNW an der Aktion führte im Verein zu einer Debatte um die Vereinbarkeit von Friedens- und Solidaritätsengagement. Der Herbst stand ganz im Zeichen der Diskussion um die Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke. Unter dem Motto „Atomkraft: Schluss jetzt!“ demonstrierten am 18. September 100.000 Atomkraftgegner: Mitten drin der „weiße Block“ der IPPNW-Ärztinnen und -Ärzte.



Protestaktion
„Tanz des Todes“



WM-Song
„Angela Merkel,
keine Verlängerung“



Anti-Atom-Protest
vor dem Kanzleramt



Gorleben
Stopp Castor -
Stopp Atomkraft

Das Jahr 2010 ist geprägt von der Debatte um die von der Bundesregierung geplanten **Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke**. Von Januar bis Oktober begleitet die IPPNW diese sich abzeichnende politische Fehlentscheidung der Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit zahllosen Analysen und kritischen Stellungnahmen.

Januar Die IPPNW-Forderung eines **„Referenz-Embryos“** als Konsequenz aus der Kinderkrebs-Studie hat Erfolg. Der Leiter des Deutschen Kinderkrebsregisters Dr. Peter Kaatsch räumt ein, dass Kinder durch Radioaktivität gefährdeter sein könnten als Erwachsene und die anerkannten Dosisabschätzungen zu hinterfragen seien.

Juni Im Juni präsentiert die IPPNW eine **„AKW-Störfallauswertung“**. Für die Jahre 2007, 2008 und 2009 zeigte sich, dass aus den Uralt-Reaktoren Biblis A, Biblis B, Unterweser und Neckarwestheim-1 insgesamt 35 mal Risse, Befunde oder sogar Leckagen gemeldet wurden. Bei den „neueren“ Druckwasserreaktoren waren es hingegen „nur“ 15 Meldungen.

Im Sommer befürchtet die Ärzteorganisation, dass die Bundesregierung die Urlaubszeit und die Fußball-Weltmeisterschaft dazu nutzt, um klammheimlich Laufzeitverlängerungen zu beschließen. Die Antwort der IPPNW ist ein auf „Youtube“ veröffentlichter **WM-Song „Angela Merkel, keine Verlängerung!“**.

September Die IPPNW macht eine bis dahin unbekannte **Risikostudie** öffentlich, wonach auch und gerade die neuesten deutschen Atomkraftwerke nicht sicher sind. Laut der Studie versagen die Notfallmaßnahmen in den Konvoianlagen Neckarwestheim-2, Isar-2 und Emsland bei bestimmten Störfällen.

Im September bringt die Veröffentlichung und Auswertung von zwei brisanten Papieren durch die IPPNW nochmals nicht nur Rückendeckung für die **Biblis-Klage**, sondern auch kritischen Sachverstand in die politische Debatte. Einem Millionenpublikum kann vermittelt werden, dass ein Regierungs-Gutachten 80 von der IPPNW recherchierte gefährliche Sicherheitsdefizite des Atommeilers Biblis B bestätigt hat. Kurz darauf zeigt eine IPPNW-Analyse, dass durch die so genannte „Nachrüstliste“ 25 Sicherheitsmängel von Biblis nunmehr mehrfach bewiesen waren.

November Nach langen Vorarbeiten und intensiven Abstimmungen verständigen sich die IPPNW-Arbeitskreise Atomenergie und Süd-Nord im November auf eine gemeinsame Stellungnahme zur Wüstenstromkonzeption „Desertec“. Der Untertitel **„Für eine kriegs-präventive dezentrale Energiewirtschaft“** macht deutlich, wie sehr die Energiepolitik und die Friedenspolitik der IPPNW zusammenhängen.



Atomkraft – Schluss jetzt!

Anti-Atom-Demonstration in Berlin

Spätestens seit dem Super-GAU von Fukushima ist Bundeskanzlerin Angela Merkel klar, dass sie im Oktober 2010 mit den Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke die folgenschwerste Fehlentscheidung ihrer Amtszeit getroffen hat. Die Bevölkerungsmehrheit war klüger als die Kanzlerin und wusste schon im vergangenen Jahr, dass es unverantwortlich ist, die veralteten 17 deutschen Atommeiler weiter zu betreiben.

100.000 von ihnen folgten am 18. September 2010 einem Aufruf der IPPNW und fünf anderer Organisationen, gingen im Berliner Regierungsviertel auf die Straße und „umzingelten“ Merkels Kanzleramt. Sie waren mit mehreren Sonderzügen und mehr als 150 Bussen nach Berlin gekommen. Allgegenwärtig waren die Atomkraftgegner in der Bundeshauptstadt. Nahezu jede Straße rund um Bundestag und Kanzleramt war um 15 Uhr dicht mit Menschen gefüllt. Es waren so viele Menschen, dass das Regierungsviertel nicht nur wie geplant umzingelt, sondern regelrecht „geflutet“ wurde.

Unter dem Motto „Atomkraft: Schluss jetzt“ verlangten sie eine andere Atompolitik. Der „weiße Block“ der IPPNW-Ärzte forderte einen Stopp des Uranabbaus und wies ferner auf die militärische Seite der Atomenergienutzung hin. „Wir dulden es nicht, weiter den Risiken von schweren Atomunfällen ausgesetzt zu sein. (...) Wir haben es satt, mit dem Ausstieg auf den Sankt Nimmerleinstag vertröstet zu werden. Wir wollen die Atomkraftwerke abschalten – und zwar jetzt“, hieß es im Aufruf der IPPNW und der anderen Initiatoren der Demonstration. Es war letztlich eine Demonstration gegen die Macht der Energiekonzerne.

Neben der Demonstration hat die IPPNW die Bundesregierung im September mit einem wahren Trommelfeuer an Stellungnahmen vor einer Laufzeitverlängerung gewarnt. Beispielsweise appellierte die IPPNW an die gesellschaftliche Ver-

antwortung von Opposition, Medien und Wirtschaft, couragiert zu intervenieren. Merkel sprengte mit ihrer Atompolitik die Brücken ins Solarzeitalter. Nicht zuletzt forderte die IPPNW wie einst das Kernforschungszentrum Karlsruhe ein „Super-Containment“ für Atomkraftwerke, um deutlich zu machen, dass die Sicherheitsbehälter aller deutschen Atomkraftwerke einem Kernschmelzunfall nicht gewachsen sind. Und: Bundeskanzlerin Merkel regiere mit den Atomkonzernen gegen die Bevölkerung.

Der „weiße Block“ der IPPNW-Ärzte forderte einen Stopp des Uranabbaus und wies auf die militärische Seite der Atomenergienutzung hin.

Auch auf der Demonstration wurde Angela Merkel eindringlich nahegelegt, sie sollte diese Proteste „sehr ernst nehmen“. Die Auflehnung in der Bevölkerung werde die Regierung nicht so leicht wieder los. Die Prognose war vollkommen richtig, wie sich in der Panikreaktion der Bundesregierung nach Fukushima zeigte. Die Bundeskanzlerin wäre heute froh, sie hätte sich im Herbst 2010 dem Bevölkerungswillen gebeugt.



Afghanistankrieg:
IPPNW fordert
Waffenstillstand

Januar Anlässlich der **Londoner Afghanistankonferenz** kritisiert die IPPNW den von Außenminister Guido Westerwelle verkündeten „Strategiewechsel“ bei einer Pressekonferenz in Berlin als gezielte Täuschung der Öffentlichkeit. Die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen forderte einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit den Aufständischen. Notwendig sei der vollständige Truppenabzug auf Grundlage eines klaren und kurzfristigen Zeitplans.

Februar Im Februar demonstrieren IPPNW-Ärzte in weißen Kitteln vor Leichensäcken vor dem Brandenburger Tor in Berlin gegen die geplante Truppenaufstockung.

„Son of Babylon“ erhält den **25. Friedensfilmpreis**. Der Film schildert die Suche des kurdischen Jungen Ahmed und seiner Großmutter nach Ahmeds Vater im Irak. Die Jury des Friedensfilmpreises urteilte: „Ein Film über Schuld, Wahrheit, Reue und Vergebung und über die Stärke der Großmütter, die die ganze Welt in ihren Händen halten: Eine lange Reise.“



Friedensfilmpreis 2010
für „Son of Babylon“

März Der **Essener Kongress „Friedenskultur 2010“** bildet den Auftakt einer Reihe von Veranstaltungen im Vorfeld der **Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag** in New York. Mit der Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ wird in Deutschland unter dem Motto „next stop. New York“ auf diese Konferenz hingearbeitet. IPPNWler nehmen bundesweit an Aktionen teil, um den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland als deutschen Beitrag zur nuklearen Abrüstung zu fordern. Im Rahmen des Bündnisses „Zukunft ohne Atomwaffen“ publizieren wir u.a. Zeitungsbeilagen in der taz, Neues Deutschland, junge Welt und Frankfurter Rundschau und veranstalteten Podiumsdiskussionen mit Prominenten.

Mai In New York übergibt eine IPPNW-Delegation 16.000 Unterschriften für eine Welt ohne Atomwaffen an den Vorsitzenden der Überprüfungskonferenz Libran Cabactulan.



Delegationsreise nach New York
zur **Abrüstungskonferenz**

Juni In mehrfacher Hinsicht ist der Mittlere und Nahe Osten die konfliktrträchtigste Region der Welt. Deeskalierend warnt der Vorstand der IPPNW vor den **Folgen von Sanktionen oder einer militärischen Intervention gegen den Iran**. Beides berge die Gefahr, „dass im Iran jede gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Kritik im Keime erstickt wird.“

August Zum **Hiroshima-Tag** legt die IPPNW den Fokus auf Niedrigstrahlung. Ein Interview von Xanthe Hall mit tagesschau.de belegt Fehler in der Auswertung der Daten aus Hiroshima.

Oktober Die **IPPNW-Kinderhilfe Irak** ermöglicht dem zweijährigen Abdulmaged aus dem Irak eine lebensrettende Herzoperation in der Göttinger Universitätsklinik.

Mit dem **Factsheet „Medizinische Folgen von Uranmunition“** informiert die IPPNW über die Einsätze von Uranmunition, deren mögliche gesundheitliche Folgen und neuere Forschungsergebnisse.



IPPNW-Studie: Der nukleare
„Schirm“ bietet keinen Schutz

November Im Vorfeld des **NATO-Gipfels in Lissabon im November** veröffentlicht die IPPNW eine Studie und ein Faltpapier zum Thema Atomwaffen in Europa.



Piratenakt auf hoher See

Die Free-Gaza-Flottille

Der Versuch, Hilfsgüter über den Seeweg in den Gazastreifen zu schaffen, endete mit dem Überfall israelischer Soldaten auf hoher See im bedauerlichen Tod von neun Mitfahrern. Ein erhebliches Medieninteresse schlug über der IPPNW zusammen, denn mit Matthias Jochheim fuhr ein Vorstandsmitglied auf der überfallenen „Marvi Marmara“ mit. Die Ereignisse führten in der IPPNW und der Friedensbewegung zu einer lebhaften Debatte um die Schnittstellen und Trennlinien zwischen Friedens- und Solidaritätsengagement.

Auch ein Jahr später ist die Situation in Gaza

nach wie vor ziemlich einmalig in der Welt: Seit dem Wahlsieg der islamisch geprägten Hamas-Partei im Jahr 2006 behielten Israel wie auch die westlichen Geberländer Steuergelder und Zahlungen zurück. Die hermetische Ab-

riegelung des Gazastreifens führte zu einer weitgehenden Paralyse des ökonomischen Lebens. Die Menschen wurden zu Almosenempfängern internationaler Hilfsorganisationen, ohne Recht auf Ausreise. Mehr als die Hälfte der Bewohner ist arbeitslos, ebenfalls mehr als 50% leben in provisorischen Siedlungen, ohne eine reguläre Erwerbsquelle. Mangelernährung insbesondere von Kindern ist unter diesen Bedingungen alltäglich in Gaza.

Gegen diese Situation richtete sich die internationale Aktion der Gaza-Flottille. Die

IPPNW hätte an keiner Aktion teilgenommen, bei der Todesopfer zu erwarten gewesen wären. „Verzicht auf Menschen gravierend verletzend und erst recht auf tödliche Gewalt, dieses Prinzip der internationalen Free Gaza-Koalition wurde

von Seiten unserer Mitreisenden nach allen meinen Beobachtungen auf der Mavi Marmara eingehalten“, erklärte Jochheim nach seiner Rückkehr.

In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten die IPPNW-Sektionen Israels und Palästinas den in internationalen Gewässern ausgeführten bewaffneten Angriff durch israelische Soldaten. Beklagt wurde der Verlust von Menschenleben auf den mit humanitären Hilfsgütern beladenen Schiffen auf dem Weg nach Gaza. Und weiter hieß es: „Als Ärzte stimmen wir darin überein, dass die Gesundheit der Bevölkerung Gazas in hohem Maße besorgniserregend ist und dass dringend medizinische Hilfe benötigt wird.“

Wir appellieren an die Führung Israels und Palästinas, in ernsthafte Verhandlungen miteinander einzutreten und dies mit dem aufrichtigen Willen zu tun, eine gewaltfreie und friedliche Lösung des Israel-Palästina-Konflikts herbeizuführen.“



IPPNW-Delegation
in die Türkei:
Transit-Flüchtlinge thematisiert

Januar Die IPPNW protestiert gegen die Ablösung von Peter Sawicki als **Leiter des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG)**. „Schwarz-Gelb betreibt Klientelpolitik auf Kosten des Allgemeinwohls. Die Interessen von Patienten, Ärzten und Solidargemeinschaft werden auf dem Altar der Pharmaindustrie geopfert“, so Dr. med. Dieter Lehmkuhl, Vorstandsmitglied der IPPNW.

März Im März bereist eine **IPPNW-Delegation die Türkei** und die Kurdengebiete. Die ÄrztInnen treffen Gesprächspartner aus den vergangenen Jahren wie Bürgermeister, Politiker und Menschenrechtler und beschäftigen sich mit dem Thema Transitflüchtlinge in der Türkei.

April Die IPPNW verabschiedet auf ihrem Jahrestreffen in Herford eine **Resolution zur Elektronischen Gesundheitskarte**. Darin fordern sie die Delegierten des 113. Ärztetages in Dresden auf, die weitere Mitarbeit der Ärzteschaft an dem E-Card-Projekt zu verweigern. „Inbesondere wenden wir uns entschieden gegen die Absicht, die Ärzte gesetzlich zur Online-Übermittlung der Daten zu verpflichten,“ heißt es in der Resolution. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das verfehlte Projekt „Elektronische Gesundheitskarte“ endgültig aufzugeben.

Juni Gemeinsam mit der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF) startet die IPPNW die Kampagne **BeHandeln statt verwalten**. Ziel der Kampagne ist, eine medizinische und psychosoziale Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge sicher zu stellen. Gleichzeitig will die Kampagne auch Aufklärungsarbeit leisten, über die negativen Folgen von Folter und Menschenrechtsverletzungen jeder Art. (Weitere Informationen: www.behandeln-statt-verwalten.de)

August In einem offenen Brief appelliert die IPPNW an den Rektor der Universität Köln, das Rahmenabkommen über eine privilegierte **Forschungspartnerschaft zwischen der Universitätsklinik Köln und der Bayer Health Care AG** offen zu legen. Eine Geheimhaltung der Vertragsbedingungen gefährde die Freiheit der Forschung. Die Universität Köln begründet die Geheimhaltung mit der Wissenschaftsfreiheit, die höher einzuschätzen sei als die Informationsfreiheit. Für Dr. Dieter Lehmkuhl, Vorstandsmitglied der IPPNW, ist die Haltung der Universität unverständlich. Es bestehe ein grundsätzlicher Interessenskonflikt zwischen einer Universität, die dem Gemeinwohl verpflichtet und weitgehend öffentlich finanziert ist, und der Industrie, für die der Gewinn wesentlich ist.

Oktober Mitglieder der IPPNW feiern in Diyarbakir **20 Jahre türkische Menschenrechtsstiftung**. Die IPPNW unterstützt seit Jahren die Arbeit der Stiftung mit Folteropfern in der Türkei.

November Der Bundestag verabschiedet einen **Antrag der Regierungsfractionen zur Gesundheitsreform**. Die IPPNW kritisiert die geplanten Zwangsmaßnahmen zur Einführung der Gesundheitskarte. Danach sollen Praxisärzte bei Androhung eines kompletten Honorarverlusts künftig gezwungen werden, ihre Praxen an zentrale Computerstrukturen anzuschließen. Das schließt sensible Patientendaten mit ein.



Kampagne:
BeHandeln statt verwalten



20 Jahre TIHW:
Stiftung hilft Folteropfern
in der Türkei



Achten, schützen, stärken

Soziale Menschenrechte in Deutschland

Die IPPNW wirkt mit an der Erstellung des Parallelberichts zum Staatenbericht der BRD zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten in Deutschland (WSK-Rechte). Dazu gehören Ernährung, Trinkwasser, Bildung, Gesundheitsversorgung, Arbeit, Wohnen, kulturelle Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Jede Frau, jeder Mann und jedes Kind hat sie, unabhängig davon in welchem Land der Erde sie leben.

Das gilt natürlich auch für die Bundesrepublik Deutschland, die 1973 den UN-Sozialpakt ratifiziert hat. Deutschland steht damit in der Pflicht der Umsetzung der in den Dokumenten der UN festgeschriebenen WSK-Rechte und unterliegt der Berichtspflicht gegenüber der UN. Ihr 2008 eingereicherter 5. Staatenbericht zeichnet ein äußerst positives Bild zur Situation der WSK-Rechte hierzulande. Eine Sichtweise, die von vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen nicht geteilt wird. Für diese NGOs des jeweiligen Landes besteht die Möglichkeit der Parallelberichterstattung an den UN-Ausschuss.

Der Einsatz der IPPNW für traumatisierte Flüchtlinge und für eine medizinische Versorgung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus („Papierlosen“) hatte immer einen starken menschenrechtlichen Begründungszusammenhang und ist eingebettet in eine vielfältige Netzwerk- und Bündnisarbeit. Das mag die Grundlage für eine Anfrage des Deutschen Instituts für

Menschenrechte an die IPPNW gewesen sein, die Koordinierung des Parallelberichts zivilgesellschaftlicher Organisationen zum Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen und an der Berichterstattung zur Lage der Flüchtlinge in Deutschland mitzuwirken.

Die WSK-Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen gründete sich 2009 und erstellte 2010 den Parallelbericht. Bei der Erstellung des Berichts wirkten so unterschiedliche Organisationen mit wie amnesty international, das Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin, der Bundesverband Psychiatrie-

Erfahrener, das Diakonische Werk, FIAN, Intersexuelle Menschen e.V., GEW und der Lesben- und Schwulenverband. In der Querschnittsarbeitsgruppe „Zur Lage der Flüchtlinge in Deutschland“ haben wir den Fokus auf die Frage der Nicht-diskriminierung, die Wohnsitzauflage für Asylbewerber und Geduldete und das Asylbewerberleistungsgesetz gelegt.

Die IPPNW fordert die Abschaffung der „Wohnsitzauflage“ und der „Residenzpflicht“ für Flüchtlinge.

Unsere Empfehlung an den Ausschuss:

- Die Abschaffung der „Wohnsitzauflage“ für Flüchtlinge und der „Residenzpflicht“
- Das Asylbewerberleistungsgesetz zu Gunsten einer Gleichstellung mit deutschen Staatsbürgern in Bezug auf die soziale Gesetzgebung aufzuheben
- Defizite in Bezug auf das Recht der Familien und Kinder auf Schutz, insbesondere in Bezug auf die Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sowie eine dringend benötigte Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsversorgung für Migranten ohne legalen Aufenthaltsstatus zu gewährleisten.



Medical Peace Work:
Internetstudium für
Gesundheitspersonal

Januar Zu Beginn des Jahres startet die zweite Phase des **Internetstudiums für medizinische Friedensarbeit (Medical Peace Work)**, das von der EU finanziert wird. Das Studium informiert Gesundheitspersonal in sieben Onlinekursen über die Folgen von Krieg und anderen Formen von Gewalt für die Gesundheit von Individuen und Bevölkerungsgruppen. Themen sind Abrüstungsarbeit und (Atom-)Kriegsvorbeugung, Menschenrechte, strukturelle Gewalt sowie friedensfördernde Arbeit während und nach Kriegssituationen. IPPNW Deutschland hat die Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt übernommen. (www.medicalpeacwork.org)



Basel:
19. IPPNW-Weltkongress
Abrüsten für unsere Zukunft

März Am 5. März 2010 feiert der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag sein 40-jähriges Bestehen. Die IPPNW setzt sich in der **Kampagne ICAN (international campaign to abolish nuclear weapons)** für eine Atomwaffenkonvention ein, einen Vertrag über das Verbot und die Abschaffung dieser Massenvernichtungswaffen. Diese Kampagne macht 2010 einen großen Sprung nach vorne: Es werden nicht nur viele Partnerorganisationen gefunden, sondern auch eine Finanzierung für ein europäisches Büro in Genf. IPPNW Deutschland ist in der Konzeption der Kampagne maßgeblich involviert und arbeitet zusammen mit dem deutschen Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen“ an einer deutschen ICAN-Kampagne, die 2011 starten soll.

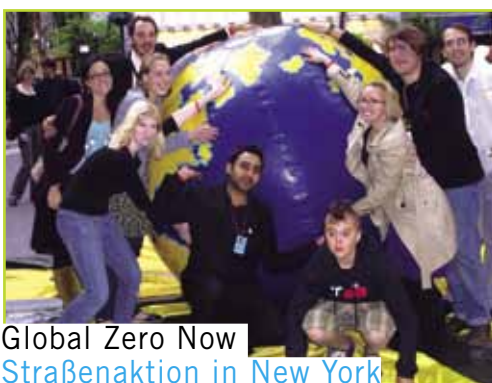
August Höhepunkt dieses Jahres ist der **19. IPPNW-Weltkongress in Basel** im Rahmen dessen die deutsche IPPNW zwei Vorkongresse organisiert zu den Themen Uranabbau und Posttraumatische Belastungsstörungen. Beim Vorkongress zum Uranabbau werden ein Aufruf der internationalen IPPNW für ein weltweites Verbot des Uranabbau und eine gemeinsame Erklärung der teilnehmenden VertreterInnen indigener Völker verabschiedet. Hauptthema des Weltkongresses ist die Abschaffung aller Atomwaffen. Geschätzte 100 Kongressbesucher kommen aus Deutschland. Auf dem International Council Treffen wird Dr. med. Lars Pohlmeier zum Vize-Präsidenten für Europa gewählt.



BAN-Tour:
Radeln gegen Atomwaffen

In der Tradition vergangener Jahre fährt im Vorfeld des Weltkongresses eine Gruppe von Studierenden und jungen ÄrztInnen Fahrrad gegen Atomwaffen – die **Biking against Nuclear Weapons (BAN) Tour**. Diesmal radeln sie von Düsseldorf bis Basel den Rhein entlang und veranstalten auf dem Weg Aktionen, Aufklärung und Flashmobs. Die Tour organisiert Dr. med. Alex Rosen aus Düsseldorf.

September 2010 läuft die Koordination des **Nuclear Weapons Inheritance Project** durch Laura Grell und Katharina Bergmann aus und wird an zwei Studierende aus Australien und Indien übergeben. Katharina nimmt für das NWIP an der Abrüstungskonferenz in New York teil und organisiert dort das Straßenprojekt „Global Zero Now“ mit. Abschließend veröffentlicht sie ein Handbuch über das Projekt, das viele nützliche Tipps und Ideen für die Arbeit gegen Atomwaffen enthält.



Global Zero Now
Straßenaktion in New York

November Die IPPNW engagiert sich für eine **zivilgesellschaftliche Regionale Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten (KSZMNO)**. Für das Projekt können IPPNW-Partner und die Förderung einer ersten Tagung mit Gästen aus der Region gewonnen werden.



Aufbruchstimmung

Studentische Aktivität und Generationenaustausch

Mit Stand Ende 2010 gab es 444 studentische Vollmitglieder in der IPPNW Deutschland, seit Anfang

2011 stieg diese Zahl weiter an. In 28 Universitätsstädten haben wir Lokalgruppen. Da die IPPNW uns Studierenden viele Möglichkeiten zum Engagement anbietet, wählt jede Lokalgruppe selbst, in welchem Bereich sie sich engagieren möchte. Auf diese Weise

kommt eine große Breite an Themen zustande, die von Aufklärung über Atompolitik bis hin zum konkreten Engagement im Rahmen von Medinetzen reicht und daher in Zahlen nur schwer erfasst werden kann.

Als zentrale gemeinsame Veranstaltung der IPPNW-Studierenden fand das **bundesweite Studierendentreffen** in diesem Jahr in Jena statt. Das Veranstaltungswochenende stand unter dem Oberbegriff der „Verantwortung“. Die geschichtliche Entwicklung der IPPNW wurde in diesem

Rahmen genauso thematisiert wie die derzeitige politische Stellung des Vereins und individuelle Handlungsoptionen, insbesondere in Form von Projekten zu den Themen Pharmapolitik, Atomwaffen und Atomkraft. Das nächste Studierendentreffen wird im November 2011 in Dresden stattfinden, wozu wir bereits jetzt alle Interessierten herzlich einladen möchten!

Die **Studierendenzeitschrift Amatom** ist im Februar 2011 erschienen und thematisierte unter anderem die Bereiche der Militärmedizin, der medizinischen Flüchtlingsarbeit, dem posttraumatischen Stresssyndrom, der medizinischen Flüchtlingsolidarität und der Friedensarbeit.

Auch auf internationaler Ebene waren deutsche IPPNW-Studierende in unterschiedlichen Zusammenhängen präsent. Sowohl an den Europäischen Studierendentreffen in Oslo und Tallinn, als auch an dem internationalen IPPNW-

Kongress in Basel nahmen deutsche IPPNW-Studierende teil. Beim Studierendenkongress in Basel leisteten wir bei der Organisation der Plenarveranstaltung zum Thema „Peace through Health“ auch organisatorisch einen Beitrag zum vielfältigen Programm. Zusätzlich war die IPPNW, insbesondere durch den Einsatz der Koordinatoren des Nuclear Weapons Inheritance Projects, in großer Zahl innerhalb der Jugenddelegation zur NPT-Review Conference im Mai 2010 in New York repräsentiert. Hier kam es zu einem intensiven Austausch insbesondere mit Vertretern der Organisation BANG (Ban all nukes generation), aber auch mit Mitgliedern von IALANA und INESAP.

Das **Austauschprogramm Familien und Engagieren** wurde auch 2010 erfolgreich fortgesetzt. Jedes Jahr haben hier zwölf Studierende in einer Famulatur und durch den Einsatz in einem Sozialprojekt die Möglichkeit, besondere Erfahrungen in einem der verschiedenen Projektländer zu sammeln. Für viele Studierende bedeutet eine f&e-Teilnahme den Einstieg in ein langfristiges Engagement innerhalb der IPPNW und eine wichtige prägende Lebenserfahrung.

BILANZ zum 31. Dezember 2010

Aktiva	2010	2009	Passiva	2010	2009
	EUR	EUR		EUR	EUR
Anlagevermögen			Eigenkapital		
Grundstücke u. Gebäude	1,00	1,00	freie Rücklage	206.132,61	50.382,61
			Jahresüberschuss		70.105,19
Umlaufvermögen			Gewinnvortrag	70.105,19	
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände			Jahresfehlbetrag	-70.105,19	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.570,00	0,00	zweckgebundene Rücklagen		
sonstige Forderungen	10.783,95	9.355,70	Instandhaltung Haus Stade	37.569,86	31.156,62
Kassen- u. Bankguthaben	537.650,23	366.934,79	Betriebsmittelrücklage	118.364,74	85.776,81
			Kinderhilfe Irak	46.179,65	12.082,15
Rechnungsabgrenzung	1.116,12	0,00	Klage Biblis	41.655,21	39.230,21
			Biblis Öffentlichkeitsarbeit	4.654,97	4.840,89
			Rücklage aus Tschernobylbrief	22.276,80	27.276,80
			Rücklage KSZMNO	18.042,37	13.900,00
			sonstige Rücklagen	29.837,13	9.005,95
			Summe Eigenkapital	524.713,34	343.757,23
			Rückstellungen		
			sonstige Rückstellungen	6.340,00	4.050,00
			Verbindlichkeiten		
			sonstige Verbindlichkeiten	22.067,96	28.484,26
				553.121,30	376.291,49
	553.121,30	376.291,49			

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2010 bis 31.12.2010

Einnahmen	2010	2009	Ausgaben	2010	2009
	EUR	EUR		EUR	EUR
Ideeller Bereich:			Ideeller Bereich:		
Beiträge	689.976,09	683.547,62	Gehälter u. soziale Aufwendungen	477.689,45	447.301,82
freie Spenden	126.933,99	130.149,59	Honorare und Fortbildungen	28.034,27	52.196,60
Spenden mit Zweckbindung	199.710,64	195.243,35	Kampagnen u. Unterstützungen	123.319,07	86.071,15
			Kinderhilfe Irak	16.237,50	54.115,05
Zuschüsse mit Zweckbindung	38.453,56	38.266,17	Druckkosten	54.879,25	127.750,60
Veranstaltungen	23.899,89	12.919,13	Kommunikationskosten	97.896,91	92.710,17
Nachlässe und Vereinsauflösung	50.855,50	30.000,00	Raumkosten	56.102,39	67.675,60
			Reisekosten	60.376,16	68.169,40
Vermögensverwaltung			Recht, Beratung, Buchhaltung, Prüfung	7.249,77	20.404,93
Vermögenserträge (Zinsen/Miete)	17.450,06	16.662,47	sonstige Kosten	44.036,94	42.501,28
			Vermögensverwaltung		
Erträge aus Zweckbetrieb	10.392,76	61.869,76	Vermögensaufwendungen	4.967,88	249,69
wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	9.722,13	7.817,05	Aufwendungen Zweckbetrieb	11.696,95	0,00
Verbrauch/Auflösung v. Rücklagen	22.574,74	57.119,64	Aufwendg. wirtschaftl. Geschäftsbetrieb	3.931,97	8.355,12
Einnahmen gesamt	1.189.969,36	1.233.594,78	Zuführung zu Rücklagen	273.636,04	95.988,18
			Ausgaben insgesamt	1.260.074,55	1.163.489,59
			Jahresfehlbetrag	-70.105,19	70.105,19

Der Jahresabschluss 2010 wurde durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer einer Prüfung unterzogen. Es ergaben sich keine Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung des Jahresabschlusses und der Geschäftsführung. Im Prüfbericht heißt es dazu: „Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass die Jahresrechnung in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den deutschen zivilrechtlichen Vorschriften aufgestellt worden ist.“

Stuttgart, 22. März 2011
Detlef Siebeck, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater

ERLÄUTERUNG zur Gewinn- und Verlustrechnung 2010

	EUR
Verwaltung	
Personalkosten	84.737,94
sonstige Kosten	77.698,00
	<u>162.435,94</u>
Rücklagenverbuchungen	<u>273.636,04</u>
Verein	
Personalkosten	122.813,63
VS-Sitzung/ MV/Jahrestreffen	30.953,57
Regionalgruppenarbeit	14.441,00
Studierendenarbeit	8.255,53
famulieren und engagieren	19.998,78
Fundraising	12.800,75
Tschernobylanzeige + sonstige Kosten	55.709,91
Kosten Haus Stade	11.400,00
Beratungen/Fortbildungen/sonstige Kosten	13.964,63
	<u>290.337,80</u>
Öffentlichkeitsarbeit	
Personalkosten	82.234,70
IPPNW Forum	41.424,46
Publikationen/Internet/Amatom/Sonstiges	8.296,70
	<u>131.955,86</u>
Internationale Kooperationsprojekte	
Personalkosten	28.687,80
Nuclear Weapons Inheritance Project	4.919,07
KSZMNO	5.727,72
Re-Cap	2.000,00
World Congress	44.008,79
International Fund	4.819,66
Beitrag Boston/IPPNW international	19.110,70
ICAN	16.415,27
Article VI Forum/PNND/MIP	-123,41
BAN-Tour 2010	4.112,00
Vorkongress Basel	9.614,16
Uranium Mining Health/Uranabbau	2.133,60
sonstige Projekte	1.272,08
	<u>142.697,44</u>

Einnahmen:

Bei den Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen haben wir seit vielen Jahren zum ersten Mal eine Trendwende zu verzeichnen. Durch die freiwillige Beitragsanpassung sind die Beitragseinnahmen wieder leicht steigend. Diese Tendenz wird sich auch 2011 fortsetzen. Durch die Übereignung eines Nachlasses in Höhe von 50.000 € konnten die zurückgegangenen Einnahmen aus dem Zweckbetrieb (Faltblattverkauf) nahezu kompensiert werden.

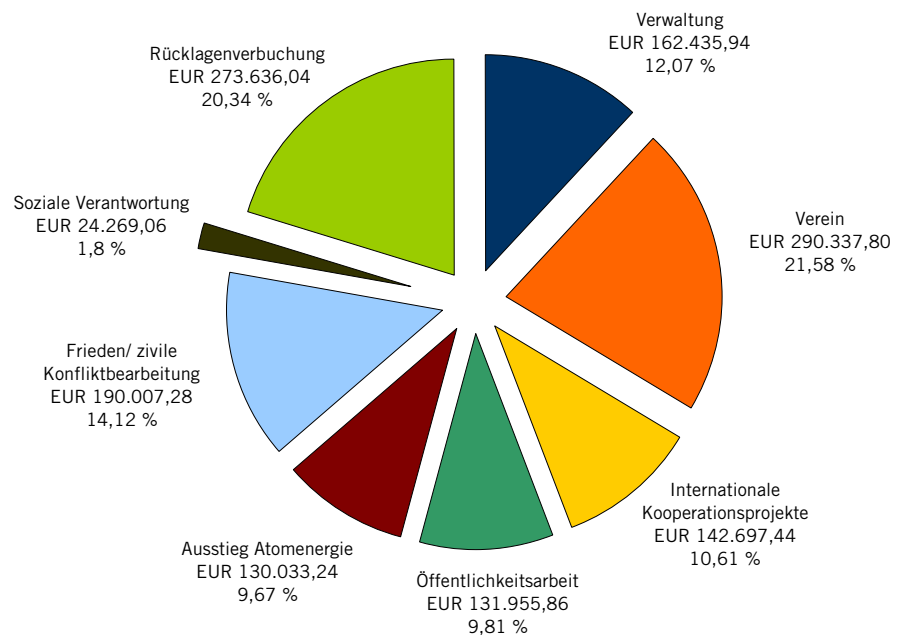
Ausgaben:

Die Ausgaben 2010 mit 1.260.074,55 € lagen mit 96.576 € über denen des Vorjahres. Zu berücksichtigen ist aber, dass in dieser Summe eine Zuführung an Rücklagen von 273.636 € enthalten ist. Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag wurde durch den Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in gleicher Höhe kompensiert.

Mitgliederentwicklung

Mitglieder	31.12.2010	31.12.2009
Ärzte/Ärztinnen	5.619	5.688
Studierende	444	514
Fördernde Mitglieder	369	367
Insgesamt	<u>6.434</u>	<u>6.569</u>

Kostenaufteilung 2010 nach Projekten



Kampagnen

Ausstieg aus der Atomenergie

	EUR
Personalkosten	76.584,68
AK Atomenergie / Sachkosten Atomreferent	3.271,36
Stromwechsel	1.406,10
Biblis -ÖA / - Klage	2.610,92
Kinderkrebsstudie	4.675,12
Kampagne „Neue Energie“	12.336,15
Demo 18.10.2010	2.463,49
Kongress Kiew 2010	9.315,00
Aktion Menschenkette/Demo	8.067,20
25 Jahre Tschernobyl-Kongress	8.817,32
sonstige Projekte (Strategietreffen/Faltblatt BaWü)	485,00
	<u>130.033,24</u>

Frieden

Personalkosten	69.318,98
----------------	-----------

a) Atomwaffen

Trägerkreis Atomwaffen abschaffen	11.383,07
Kampagne „Unsere Zukunft atomwaffenfrei“	7.839,26
sonst. Projekte Atomwaffen (Internet A-Z / DU-Munition)	2.715,25

b) Krisenregionen

Deutschland - Türkei - Kurdistan	3.450,50
Israel/Palästina/med. Hilfe für Gaza	6.307,12
Afghanistan: CIMIC/Pakistan	3.509,23
Irakkinderhilfe	62.417,15
KOPI / Israel-Palästina	13.475,00

c) Veranstaltungen, AK, Kooperationen

Friedensfilmpreis	1.547,80
AK Süd/ Nord	1.643,56
Friedensbewegung stärken	1.173,92
Förderung Friedensfähigkeit	2.450,00
Kongress Friedenskultur 2010 Essen	2.776,44
	<u>190.007,28</u>

Soziale Verantwortung

Personalkosten	13.515,80
Medizin und Gewissen / AK	848,60
AK Flüchtlinge u. Asyl/ Tagung Trauma u. Gewalt	7.846,60
WSK-Allianz	1.253,64
sonstige Projekte (Forum Menschenrechte/E-Card)	804,42
	<u>24.269,06</u>

Arbeitskreise

AK Atomenergie

mischt sich in die öffentliche Debatte um die Energiepolitik ein, engagiert sich für einen Atomausstieg und für die Energiewende hin zu 100 % Erneuerbaren Energien, weist auf Gesundheitsgefahren und Sicherheitsrisiken der Atomenergie hin und verlangt die erforderliche Risikoversorge zur Vermeidung von Kinderkrebs um Atomkraftwerke.

Henrik Paulitz, 0621/39 72 668

E-Mail: paulitz@ippnw.de

AK Flüchtlinge

Erfahrungsaustausch über die Arbeit mit Flüchtlingen, Kampagnenarbeit für die medizinische Versorgung von besonders schützbedürftigen Flüchtlingen und Menschen ohne Papiere. Vertretung der IPPNW im Forum Menschenrechte.

Frank Uhe, 030/698074-10

E-Mail: uhe@ippnw.de

Arbeitskreis Süd-Nord

Der AK bearbeitet das Thema „Root Causes of Conflicts in the Age of Total Market“. Ferner geht es um die Rolle Deutschlands in den Konflikten der Welt. Bleibende The-

men sind militärische „humanitäre Interventionen“, „Anti-Terror-Kriege“ und Alternativen zu einer neoliberalen Politik, die zu Spaltung von Staaten und Gesellschaften, zu Kriegen und Umweltzerstörungen führt. Ansprechpartner: Manfred Lotze

AK Medizin und Gewissen

Arbeit an Themen der Medizinethik. 2011 mit den Themen „Korruption und Einfluss der Pharmaindustrie“, „Wege zu unabhängigen Verschreibungsentscheidungen“.

Ansprechpartnerin: Ivonne Johann

Vorstand

Dr. med. Angelika Claußen (Vorsitzende)

Ärztin für Psychiatrie und Psychotherapie, Bielefeld

Matthias Jochheim

(stellvertretender Vorsitzender)

Arzt für Allgemeinmedizin, Psychotherapeut, Frankfurt a.M.

Christoph Krämer (Beisitzer)

Chirurg im Krankenhaus, Helmstedt

Dr. med. Sabine Farrouh

(Schatzmeisterin)

Ärztin für Anästhesie und Palliativmedizin i.R., Offenbach

Malte Andre

Medizinstudent, Marburg

Dr. med. Dieter Lehmkühl

Facharzt für Psychiatrie/Neurologie und Psychoanalytiker, Berlin

Esther Tautz

Medizinstudentin, Freiburg

Reinhold Thiel

Arzt für Allgemeinmedizin, Ulm

Dr. med. Helmut Lohrer

(International Councillor)

Arzt für Allgemeinmedizin, Villingen-Schwenningen

Dr. med. Eva-Maria Schwienhorst

(stellv. International Councillor)

Frankfurt

Ehrevorsitzende:

Prof. Dr. Ulrich Gottstein

Chefarzt für Innere Medizin i.R., Frankfurt

Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter

Psychiater und Psychoanalytiker i.R., Gießen

Geschäftsstelle

Frank Uhe

Vereinsmanagement, Geschäftsstellenleitung
uhe@ippnw.de, 030/698074 -10

Ulla Gorges

Sekretariat, Friedensfilmpreis, Mitgliederbetreuung, f&e
gorges@ippnw.de, 030/ 698074 -17

Xanthe Hall

Koordination der politisch-strategischen Arbeit, Internationales, Frieden, Atomwaffen
xanthe@ippnw.de, 030/698074 -12

Henrik Paulitz

Atomenergie, Energiewende
paulitz@ippnw.de, 0621/39 72 668

Dr. Jens-Peter Steffen

Frieden, Fundraising
steffen@ippnw.de, 030/698074 -13

Ewald Feige

Logistik und Finanzen, Atomenergie, Studierendenarbeit
feige@ippnw.de, 030/698074 -11

Angelika Wilmen

Pressesprecherin, Koordinatorin der Öffentlichkeitsarbeit
wilmen@ippnw.de, 030/ 698074 -15

Anne Tritschler

Assistentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion IPPNW-forum
tritschler@ippnw.de, 030/698074 -14

Pia Heuer

Finanzreferentin
heuer@ippnw.de, 030 / 698074 -18

IPPNW Central Office

66-70 Union Square, #204
Somerville, MA 02143 USA
E-Mail: ippnwbos@ippnw.org
www.ippnw.org

IPPNW Europa

www.ippnw.eu
www.ippnw-europe.org

Regionalgruppen im Internet

IPPNW Hamburg:
www.ippnw-hamburg.de
IPPNW Nürnberg:
www.ippnw-nuernberg.de
Ulmer Ärzteinitiative:
www.ippnw-ulm.de

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.

Körtestr. 10, 10967 Berlin,

Telefon 030/69 80 74-0,

Telefax 030/693 81 66

ippnw@ippnw.de – www.ippnw.de

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
Berlin, Konto 22 22 210, BLZ 100 205 00

Mitarbeit: Ewald Feige, Ulla Gorges, Xanthe Hall, Henrik Paulitz, Jens-Peter Steffen, Pia Heuer, Frank Uhe, Timothy Moore-Schmeill
Redaktion: Angelika Wilmen

Gestaltung: Angelika Wilmen

Papier: PlanoArt, FSC-Recyclingpapier

Druck: H&P, Berlin